

# Europäisches Wirtschaftsrecht

Johannes Hartlieb

## Verpflichtungszusagen im europäischen Kartellrecht und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

Nomos | C.H. Beck

## Europäisches Wirtschaftsrecht

### Begründet von

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow

Prof. em. Dr. Dr. Dr. h.c. Klaus Hopt

Prof. em. Dr. Wulf-Henning Roth

### Herausgegeben von

Prof. Dr. Thomas Ackermann, LL.M.

Prof. Dr. Christian Heinze, LL.M.

Prof. Dr. Patrick C. Leyens, LL.M.

Prof. Dr. Rupprecht Podszun

Prof. Dr. Wolfgang Wurmnest, LL.M.

Band 66

Johannes Hartlieb

Verpflichtungszusagen im  
europäischen Kartellrecht  
und der Grundsatz der  
Verhältnismäßigkeit



**Nomos**



Gedruckt mit der freundlichen Unterstützung  
der Österreichischen Forschungsgemeinschaft.

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Wien, Wirtschaftsuniversität, Diss., 2017

ISBN 978-3-8487-5065-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-9237-3 (ePDF)



Onlineversion  
Nomos eLibrary

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte,  
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der  
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Für Teresa und Elisabeth*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit basiert auf meiner Dissertation, die ich im Herbst 2017 am Institut für Europarecht und Internationales Recht der Wirtschaftsuniversität Wien fertiggestellt habe. Rechtsprechung, Behördenpraxis und Literatur wurden bis Herbst 2019 berücksichtigt.

Zunächst möchte ich mich bei Univ. Prof. Dr. Florian Schuhmacher, LL.M. für die Übernahme der Betreuung der vorliegenden Arbeit sowie für die wertvolle Unterstützung sehr herzlich bedanken. Mein Dank gilt auch Univ. Prof. Dr. Erich Vranes, LL.M, der die Zweitbeurteilung der Dissertation übernommen und mir ebenfalls wertvolle Anregungen gegeben hat, sowie den weiteren Mitgliedern meiner Dissertations-Kommission, Univ. Prof. Dr. Verena Madner und Univ. Prof. DDr. Michael Potacs.

Hervorheben möchte ich auch RA Dr. Peter Thyri, LL.M sowie die Rechtsanwälte des Wettbewerbsrechtsteams der Kanzlei Haslinger/Nagele Rechtsanwälte, die mir ebenfalls zahlreiche Hinweise und Anregungen gegeben haben.

Darüber hinaus möchte ich mich beim Verlag für die hilfreiche Betreuung, bei den Herausgebern für die Aufnahme in diese renommierte Schriftenreihe und bei der Wirtschaftsuniversität Wien sowie der Österreichischen Forschungsgemeinschaft für die Unterstützung bedanken.

Ohne die moralische und finanzielle Unterstützung meiner Familie hätte ich diese Arbeit nicht vollenden können, auch ihr gilt mein aufrichtiger Dank. Nicht zuletzt danke ich Teresa, die mir immer unterstützend zur Seite gestanden ist.

Wien, im Frühjahr 2020

Johannes Hartlieb



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Kapitel 1. Einführung	19
Kapitel 2. Der Verpflichtungsbeschluss in der Verordnung 1/2003	23
A. Einleitung	23
B. Entwicklung	24
C. Bedeutung	26
D. Zweck und Vorteile	28
E. Anwendungsbereich von Art. 9 DVO	33
I. Persönlicher Anwendungsbereich	33
II. Sachlicher Anwendungsbereich	34
F. Voraussetzungen	40
I. Einleitung des Verfahrens	40
1. Akzessorietät von Verpflichtungsbeschlüssen	40
2. Beschluss zur Einleitung des Verfahrens	44
II. Rechtliche Bedenken	44
III. Die vorläufige Beurteilung	47
IV. Inhalt und Eignung von Verpflichtungszusagen	50
G. Zur Rechtsnatur von Verpflichtungsbeschlüssen	57
I. Beschlüsse nach Art. 288 Abs. 4 AEUV	57
II. Freiwilligkeit und konsensualer Charakter	57
III. Ergebnis	65
H. Verfahren und Entscheidungsspielräume	67
I. Voruntersuchung und Einleitung des Verfahrens	68
II. Entscheidungsspielräume der Kommission	70
III. Mitteilung der vorläufigen Beurteilung	76
IV. Abgabe von Verpflichtungszusagen	78
V. Marktbefragung	79
VI. Anhörung des Beratenden Ausschusses	83
VII. Verbindlicherklärung von Verpflichtungszusagen	84

VIII. Wiederaufnahme des Verfahrens	90
1. Wiederaufnahme auf Antrag oder von Amts wegen	92
2. Änderung der Verhältnisse	95
3. Nicht-Einhaltung der Verpflichtungszusagen	97
4. Unvollständige, unrichtige oder irreführende Angaben	97
5. Folgen der Wiederaufnahme	98
I. Anfechtbarkeit von Verpflichtungsbeschlüssen	99
I. Allgemeine Voraussetzungen	99
II. Anfechtung durch die Adressaten	100
III. Anfechtung durch Dritte	103
J. Kritik und Ausblick	106
Kapitel 3. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Unionsrecht	108
A. Einleitung	108
B. Allgemeines zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Unionsrecht	108
I. Funktionen	108
II. Entwicklung	110
III. Terminologie	118
IV. Geltungsgründe und Rechtsnatur	121
1. Allgemeiner Rechtsgrundsatz	122
2. Ableitung aus dem geschriebenen Recht	126
3. Verhältnismäßigkeit als allgemeine Auslegungsregel	127
C. Systematisierung der Verhältnismäßigkeit: Die drei Teilgrundsätze	130
I. Legitimes Ziel und konkurrierende Interessen	132
II. Art und Urheberschaft des eingesetzten Mittels	138
III. Eignung	140
IV. Erforderlichkeit	147
V. Angemessenheit	155
D. Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes in unterschiedlichen Bereichen des Unionsrechts	163
I. Europäisches Verwaltungsrecht	163
II. Grundrechte und Grundfreiheiten	167
E. Die Kontrolldichte der Unionsgerichte	170
F. Ergebnis	180
Kapitel 4. Verhältnismäßigkeit und Verpflichtungsbeschlüsse	184
A. Einleitung	184

B.	Vor der Verhältnismäßigkeitsprüfung: Bestimmung der Ziele, Mittel und Interessen	185
I.	Verpflichtungsbeschlüsse als Mittel im Sinne der Verhältnismäßigkeitsprüfung	185
II.	Legitime Ziele	188
1.	Erhaltung des unverfälschten Wettbewerbs	188
2.	Weitere Ziele	193
III.	Konkurrierende Interessen...	196
1.	...der beteiligten Unternehmen	196
2.	...Dritter	200
C.	Primat des Verpflichtungsbeschlusses?	203
I.	Einleitung und Vorüberlegungen	203
II.	Verpflichtungsbeschluss als <i>gleich geeignetes Mittel</i> ?	205
1.	(Fehlende) Feststellung der Zuwiderhandlung	206
a.	Klärung der Rechtslage	206
b.	Verhängung von Sanktionen	215
c.	Private Enforcement	223
2.	Ermittlung des Sachverhalts und Abstellung der Zuwiderhandlung	225
3.	Befristung und Möglichkeit der Wiederaufnahme	227
4.	Effektivität	230
III.	Zwischenergebnis	233
IV.	Erforderlichkeit: Verpflichtungsbeschluss als <i>gelinderes Mittel</i> ?	237
1.	Freiwilligkeit und konsensualer Charakter	237
2.	Keine Feststellung der Zuwiderhandlung	238
a.	Sanktionen	238
b.	Private Enforcement	239
c.	Reputation der Unternehmen	239
d.	Klage vor Unionsgerichten	240
3.	Befristung und Wiederaufnahme des Verfahrens	240
V.	Ergebnis und gerichtliche Nachprüfung	241
VI.	Beschlusspraxis und Ausblick	245

D.	Verhältnismäßigkeit von Verpflichtungsbeschlüssen	251
I.	Eignung zur Erhaltung des unverfälschten Wettbewerbs	252
II.	Erforderlichkeit – Wahl des gelindesten Mittels	254
1.	Vorüberlegungen	254
2.	Vermutung der Erforderlichkeit?	256
3.	Erforderlichkeit und Besonderheiten von Verpflichtungsbeschlüssen	262
4.	Überschießende Verpflichtungszusagen?	265
a.	Art. 101 AEUV	267
b.	Art. 102 AEUV	270
c.	Zwischenergebnis	276
5.	Handlungsimplicationen	276
a.	Mehrere Verpflichtungszusagen	277
b.	Teilung von Verpflichtungszusagen	285
c.	Hinweise der Kommission	289
aa.	Anforderungen des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	289
bb.	Beschlusspraxis	293
6.	Ergebnis	298
III.	Angemessenheit – Abwägung von Zielen und Interessen	300
1.	Bedeutung der Angemessenheitsprüfung bei Verpflichtungsbeschlüssen	301
2.	Abwägung der Förderung des legitimen Zieles und der Beeinträchtigung der konkurrierenden Interessen	302
a.	Allgemeines	302
b.	Beschlusspraxis	305
3.	Ergebnis und Handlungsimplicationen	315
IV.	Ausblick	316
E.	Ergebnisse	318
Kapitel 5. Schlussbetrachtungen		322
A.	Zusammenfassung der Ergebnisse	322
B.	Bewertung	327
C.	Ausblick	328
Quellenverzeichnis		331

## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz, Absätze
a.E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
ALJ	Antitrust Law Journal
allg.	allgemein
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ARA	Altstoff Recycling Austria
arg.	argumentum
Art.	Artikel
AVR	Archiv des Völkerrechts
BB	Betriebs-Berater
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bez.	bezüglich
BMW	Bayerische Motoren Werke
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CDS	Credit Default Swaps
CISAC	Confédération Internationale des Sociétés d'Auteurs et Compositeurs
CMLR	Common Market Law Review
CPI	Competition Policy International
CPN	Competition Policy Newsletter
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
dt.	deutsch
DVBt	Deutsches Verwaltungsblatt

## *Abkürzungsverzeichnis*

Ebda	ebenda
ECL Rev.	European Competition Law Review
ECN	European Competition Network
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
ELJ	European Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
engl.	englisch
ErwGr.	Erwägungsgrund, Erwägungsgründe
EU	Europäische Union, European Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUI	European University Institute
EUR	Europarecht (Zeitschrift)
europ.	europäisch
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende, -er
ff.	fortfolgende, -er
FIDE	International Federation for European Law
FKVO	Fusionskontrollverordnung
Fn.	Fußnote, Fußnoten
franz.	französisch
GA	Generalanwalt, Generalanwältin
GD	Generaldirektion
gem.	gemäß
ggst.	gegenständiglich
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union

grds.	grundsätzlich
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
GWh	Gigawattstunde
Hg.	Herausgeber
h.L.	herrschende Lehre
i.d.F.	in der Fassung
IIC	International Review of Intellectual Property and Competition Law
insb.	insbesondere
i.S.d.	im Sinne der, des
i.V.m.	in Verbindung mit
i.Z.m.	im Zusammenhang mit
JB1	Juristische Blätter
Jud.	Judikatur
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KartG	Kartellgesetz
KOG	Kartellobergericht
KomE	Kommissionsentscheidung
MIF	Multilateral Interchange Fee
MS	Mitgliedstaaten
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
ÖBl	Österreichische Blätter für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht
OGH	Oberster Gerichtshof
OMT	Outright Monetary Transaction

## *Abkürzungsverzeichnis*

öst.	österreichisch
ÖZK	Österreichische Zeitschrift für Kartellrecht
Prot.	Protokoll
Rev.	Review
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer, Randnummern
Rs.	Rechtssache, Rechtssachen
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
SA	Schlussanträge
span.	spanisch
TEU	Treaty on European Union
TFEU	Treaty on the Functioning of the European Union
u.a.	und andere, unter anderem
UAbs.	Unterabsatz
Univ.	University
v.a.	vor allem
verb.	verbundene
VfGH	Verfassungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vorbem.	Vorbemerkungen
VvL	Vertrag von Lissabon
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
wbl	wirtschaftsrechtliche Blätter
WettbG	Wettbewerbsgesetz
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WTO	World Trade Organization
WUW	Wirtschaft und Wettbewerb

YEL	Yearbook of European Law
Z.	Ziffer, Ziffern
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z.B.	zum Beispiel
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
zust.	zustimmend
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht

